

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Gott vertraute Maria und ihr Kind bewusst der Sorge des heiligen Josef an

Gedanken zum morgigen Fest des heiligen Josef – Ein Beitrag von Pfarrer Franz Näscher aus Vaduz

Das Neue Testament kennt Josef nur in der Vor- oder Kindheitsgeschichte die Matthäus und Lukas in ihrem Evangelium dem öffentlichen Auftreten Jesu voranschicken. Dabei bezeugen sie, dass Josef aus dem Hause des Königs David stammte.

Im übrigen interessieren sich die Evangelisten nicht für eine Biographie Josefs – ebensowenig wie sie sich für eine Biographie Mariens interessieren –, sondern für die grosse Aufgabe, die ihm gestellt ist. Und die hat ihre Zeit. Dass Josef den ihm von Gott gestellten Auftrag voll und ganz wahrnimmt, hebt das Matthäus-Evangelium ausdrücklich hervor.

Wie Josef als Zimmermann zu Nazaret lebt, ist die Ehre davidscher Abstammung längst zur Bedeutungslosigkeit und Armut herabgesunken. Seit König David sind ja rund tausend Jahre vergangen. Eine mangelnde Wertschätzung der Person Josefs setzte sich in der Kirche zunächst einmal fort. Es dauerte rund ein Jahrtausend, ehe sich die Christenheit auf die Verehrung des heiligen Josefs besinnt. Matthäus verteilt die Akzente jedoch deutlich zu seinen Gunsten und be-

zieht die Vorgeschichte Jesu auf Josef und nicht etwa auf Maria.

Zu dem Zeitpunkt, da der Text des Matthäusevangeliums mit der Erzählung der Kindheitsgeschichte Jesu einsetzt, hat sich Josef mit Maria rechtmässig verlobt; das entsprach gewissermassen der heutigen Ziviltrauung. Er hat sie aber noch nicht in sein Haus aufgenommen, denn zwischen Verlobung und Heimholung lagen nach damaliger Sitte meist mehrere Monate. Die Schwangerschaft seiner Frau musste Josef darum peinlich überraschen. Der Gedanke an einen Ehebruch legte sich wie von selber nahe, und Josef konnte nichts anderes annehmen. Er hätte die Möglichkeit gehabt, Maria öffentlich anzuklagen. Die Steinigung als Strafe wäre ihr dann gewiss gewesen (Dr 22,23 f.).

Doch Josef wählt einen anderen Weg. Er will Maria mit einem Scheidebrief entlassen. Auch das war eine vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit (Dt 24,1; Mt 5,13 f.). Dabei nähme Josef die Schuld für das Scheitern der Verbindung auf sich. Dieses Verhalten imponiert dem Evangelisten Matthäus, und er nennt ihn «gerecht», weil er nicht auf den eigenen Vorteil sieht.



Die St. Josef-Statue beim Kloster Piona am Comersee.

Auch heute noch benötigen die Überlegungen Josefs hohen Respekt ab; sie

können in kritischer Situation zu einem menschlichen Denken und vornehmen Handeln inspirieren.

Als Josef Maria dann zu sich nahm und ihrem neugeborenen Sohn den Namen Jesus gab, wurde er rechtlich der Vater des Kindes (Mt 1,24 f.). Auf diese Weise wurde Jesus in den Stammbaum Josefs aufgenommen und konnte sich jetzt «Sohn Davids» nennen. Die ihn aus dem Geschlecht Davids kommen sahen, waren vor allem die Evangelisten, denen daran lag, Jesus als den verheissenen Messias auszuweisen; denn dieser müsse aus dem Hause Davids kommen: «so steht es bei dem Propheten» (Mi 5, 1.3), schreibt der Evangelist Matthäus (2, 5 f.).

Dass Gott Maria und ihr Kind nicht umsonst der treuen Sorge des heiligen Josef anvertraut hat, verrät nicht erst die Suche nach dem Zwölfjährigen im Tempel (Lk 2,44). Auch die sich überstürzenden Ereignisse nach der Geburt Jesu – Matthäus nennt die Flucht nach Ägypten, den Kindermord durch Herodes und die Heimkehr Josefs mit seiner Familie nach Nazaret – alle diese Ereignisse verlangten von ihm Umsicht und Entscheidungskraft. Doch

nach dem Bericht vom Zwölfjährigen im Lukasevangelium hören wir nichts mehr von Josef – in keinem der Evangelien. Seine Spur verliert sich im Dunkel der Geschichte. Er hat seine Aufgabe erfüllt – gut und verantwortungsbewusst erfüllt. Die öffentliche Wirksamkeit Jesu hat er wohl gar nicht mehr erlebt.

In der Vor- oder Kindheitsgeschichte Jesu wird Josef wie ein Freund Gottes behandelt, der in die Pläne Gottes eingeweiht wird, ein Bild, das an den Umgang Gottes mit Abraham erinnert. Josef denkt um und stellt sich ständig neu auf Gottes Wort ein.

Der evangelische Theologe Karl Barth hat Recht, wenn er meint, wir als Kirche sollten uns im Bilde Josefs suchen. Vermutlich will Karl Barth so verstanden werden, dass er die verantwortliche Gesinnung Josefs mit ihrem untrüglichen Gespür für den Anspruch Gottes und mit ihrem Wissen um die richtige Zeit in jedem Christen und jeder Christin anzutreffen wünscht. Wir müssen unser Gehör schärfen, wenn wir Gottes Wort in unserer Zeit und Welt vernennen und seine Weisung verstehen wollen wie Josef.

Koalitions-Gespräche

Die Gespräche zwischen der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) und der Vaterländischen Union (VU) über die Bildung einer Koalitionsregierung gehen weiter. Über das Treffen von zwei Delegationen wurde die nachfolgende Mitteilung veröffentlicht.

Zum dritten Treffen der Koalitionsgespräche kamen die Verhandlungsdelegationen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei am Dienstag, 16. März 1993, zusammen. Von beiden Seiten nahmen an diesem Gespräch Frau Alice Fehr und die Herren Oswald Kranz und Dr. Peter Wolff teil. Die FBP-Delegation (Josef Biedermann, Markus Büchel, Dr. Ernst Walch) wurde erweitert mit dem neu gewählten FBP-Fraktionssprecher im Landtag Dr. Guido Meier. Landesabwesend und entschuldigt waren Dr. Hansjörg Marxer und Reinhard Walser.

Von beiden Delegationen wurden Vorschläge für inhaltliche Absprachen unterbreitet (gemeinsame Aussenpolitik, Verfassungsfragen, Parlamentsreform, Finanzpolitik u.a.). Die Vorschläge wurden erörtert, besonders die Frage, ob und in welchem Umfang solche programmatische Absprachen im Koalitionsvertrag aufgenommen werden sollen. Die ausgetauschten Unterlagen werden den zuständigen Gremien der Parteien vorgelegt. Die nächste Verhandlungsrunde findet am Mittwoch, 24. März 1993, statt.

Vorschläge über inhaltliche Absprachen bei der Koalitionsbildung

Die Koalitionsverhandlungen zwischen der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) und der Vaterländischen Union (VU) dauern weiter an

(G.M.) – Beide Parteien, die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) wie die Vaterländische Union (VU), sind bestrebt, eine Zusammenarbeit auf Regierungs- und Landtagebene nach den Wahlen zu finden. Das dritte Koalitionsgespräch zwischen den beiden Parteien diente, wie einer kurzen Mitteilung zu entnehmen ist (siehe nebenstehender Kasten), der Erörterung von inhaltlichen Absprachen über Schwerpunkte in verschiedenen Bereichen. Die FBP als mandatsstärkste Partei, die für eine Koalitionsbildung die Initiative ergriffen hat, möchte nach Auskunft von Delegationsmitgliedern möglichst rasch zu einer Regierungsbildung kommen. Da wichtige Fragen in der Aussen- wie Innenpolitik anstehen. Ähnlich lautende Erklärungen haben auch VU-Exponenten vor den Wahlen abgegeben.

Über programmatische Absprachen lässt sich aus der gestern im Anschluss an das dritte Koalitionsgespräch veröffentlichten Mitteilung nicht viel herauslesen. Wichtig erscheint für die Koalitionsbildung jedoch, dass bereits während der zweiten Verhandlungsrunde eine Einigung in zeitlicher Hinsicht bestand, «spätestens bis Ostern» die Koalitions-

verhandlungen abzuschliessen, womit kurz nach Ostern mit der ersten Einberufung des Landtags durch den Landesfürsten gerechnet werden kann.

Inhaltliche Absprachen

Die derzeitigen Koalitionsverhandlungen weisen mit früheren Bemühungen zur Zusammenarbeit sowohl gemeinsame wie auch unterschiedliche Merkmale auf. Gemeinsamkeit herrscht in bezug auf die vorgesehene Zusammenarbeit der beiden Parteien FBP und VU, die schon in den vergangenen 55 Jahren jeweils nach den Wahlen eine Koalitionsregierung bildeten. Unterschiede ergeben sich vor allem hinsichtlich der Systemänderung in der politischen Landschaft Liechtensteins, weil nun nicht mehr nur zwei Parteien das Feld beherrschen, sondern eine dritte Gruppierung den Sprung in das Parlament geschafft hat. Zudem kann im Unterschied zu früheren Wahlausgängen keine Partei mehr für sich in Anspruch nehmen, über die absolute Mehrheit der Stimmen oder der Mandate zu verfügen, so dass sich für eine künftige Zusammenarbeit inhaltliche Absprachen, zumindest über Schwerpunkte, aufdrängen.

Weitgehend identische Programmaussagen

Wie aus der Mitteilung über die dritte Gesprächsrunde zwischen den FBP- und VU-Delegationen hervorgeht, wurden in diesem Sinne Vorschläge über die Aussenpolitik, über Verfassungsfragen, Parlamentsreform und Finanzpolitik gegenseitig unterbreitet, die beide Seiten den zuständigen Parteigremien vorlegen wollen. Ein Blick in die Wahlprogramme 1993 zeigt, dass über diese Bereiche weitgehend identische Programmaussagen vorliegen, so dass eine Absprache kein unüberwindliches Hindernis darstellen dürfte. FBP wie VU bekannnten sich zur Aufrechterhaltung der offenen Grenze zur Schweiz sowie zum EWR-Beitritt, sofern der Zollvertrag mit der Schweiz nicht gekündigt werden muss.

Ebenso gab es kaum Unterschiede über die Bereitstellung von guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, wobei alle Wirtschaftsbereiche von der Exportindustrie über das Gewerbe bis zum Dienstleistungssektor miteinbezogen wurden.

Zu Verfassungsfragen äusserten sich beide Grossparteien, im Unterschied zu den konkreten Forderungen nach Ver-

fassungsänderungen durch die Freie Liste, eher zurückhaltend. Auch die Parlamentsreform wurde nur am Rande angesprochen. «Der Landtag soll seine wichtige Aufgabe im Miliz-System so gestalten, damit die geforderte Kontrolle von Regierung und Landesverwaltung verstärkt wahrgenommen werden kann», hiess es in einem Wahlprogramm. FBP oder VU? Es war die VU, welche nach den verschiedenen Vorkommnissen sich ebenfalls für eine verstärkte Kontrolle aussprach, was von der FBP-Fraktion im Landtag schon seit Jahren gefordert worden war.

Neues Koalitionsmodell

Das bisherige Koalitionsmodell mit möglichst wenigen Absprachen dürfte mit dem Übergang zum Drei-Parteien-System nicht mehr fortgesetzt werden können. Dass beide Delegationen bereits Vorschläge über inhaltliche Absprachen eingebracht haben, lässt auf die Suche nach einem neuen Koalitionsmodell schliessen. Ungeachtet dieser neuen Situation sind sich beide Seiten bewusst, wie mehrfach vor den Wahlen bestätigt wurde, dass die drängenden Probleme für unser Land eine rasche, stabile Regierungsbildung erforderlich machten.

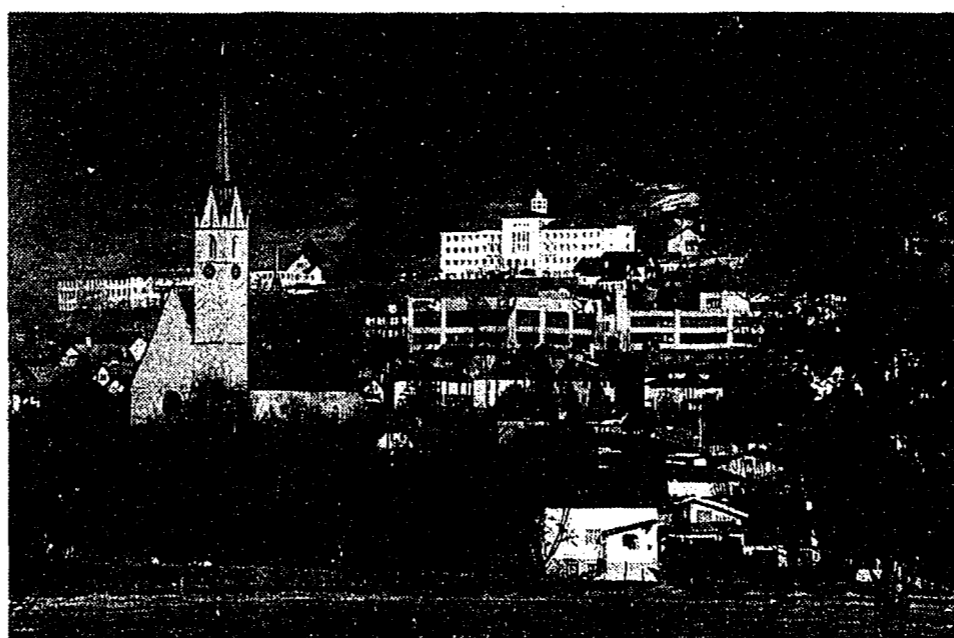
Schaan: Abstriche im Kleinen wie im Grossen

VOLKSBLATT-Serie über die Budgets 1993 der liechtensteinischen Gemeinden – Heute Blick nach Schaan

Abstriche im Kleinen wie im Grossen sieht das Budget 1993 der Gemeinde Schaan vor, das vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet wurde. Der Voranschlag 1993 hält sich im wesentlichen an die Vorgaben des ebenfalls genehmigten Finanz-Richtplanes für die Jahre 1992 bis 1995, wonach u.a. die laufenden Ausgaben auf dem Stand von ca. 15,5 Mio Franken «eingefroren» werden sollen, was natürlich spürbare Konsequenzen bezüglich der Ausgabenpraxis hat.

Der Richtplan sieht für 1993 zudem eine Kürzung des Investitionshaushalts auf rund 11 Mio Franken vor. Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in Schaan bilden heuer die Tiefbauten, für die Ausgaben von knapp 4,4 Mio Franken veranschlagt wurden. Für die Hochbauten wurden 2,8 Mio Franken budgetmässig berücksichtigt.

Einzelheiten zum Budget 1993 von Schaan im Innern dieser Ausgabe.



Ein sparsamer und gezielter Umgang mit den Gemeindemitteln hat auch in Schaan Priorität. (Bild: Brigitt Risch)

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen



USM HALLER

THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16 office

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
Vaduz

AUDEMARS PIGUET